

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am
Donnerstag, den 28.02.2013 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Horst Enneper

Ausschussmitglieder

Christof Bleichert
Dietmar Danowski
Jürgen Fischer

Vertr. für Herrn M. Tissarek

Detlef Graß
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Sabine Plasberg-Keidel
Karl Schmidt
Felix Staratschek
Gerd Uellenberg
Burkhard Wigge
Jürgen Wustmann

Vertr. für Frau R. Kötter

Vertr. für Herrn C. Kanter

Beratende Mitglieder

Heidi Werner

Vertr. für Frau B. Lippelt

Bürgermeister

Dr. Josef Korsten

von der Verwaltung

Elisabeth Böhmer
Frank Nipken
Holger Westhoff
Florian Wichert

Schriftführerin

Silke Henze

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Claus Kanter
Rosemarie Kötter
Michael Tissarek

Beratende Mitglieder

Bärbel Lippelt
Seref Calik

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am 04.12.2012 (öffentlicher Teil)
2. Derzeitiger Verlauf und gegebenenfalls Verlängerung der Kreisstraße 6 bis zur B 229 (Antrag der AL- Fraktion vom 14.02.2013) AN/0128/2013
3. Bericht über die Beratungen im Rahmen des Werkstattgespräches zur weiteren Nutzung des Blumenstraßen-Grundstückes (Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2013) AN/0126/2013
4. Weitere Nutzung des Grundstückes Blumenstraße/ Neustraße
hier: Vorstellung der Testentwürfe BV/0457/2013
5. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes; ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung
hier: Erläuterung der wesentlichen Planinhalte; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB BV/0447/2013
6. Bebauungsplan Nr. 97; Sportplatz am Schulzentrum Hermannstraße
- 6.1. Bericht über die Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 17.01.2013 BV/0439/2013
- 6.2. Satzungsbeschluss BV/0440/2013
7. Bebauungsplan Nr. 105; Bereich westlich Vorm Holte
hier: Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss BV/0441/2013
8. Bebauungsplan Nr. 104 a; Wohngebiet südlich der Wasserturmstraße
- 8.1. BP 104a; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 12.06.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 BV/0442/2013

- | | | |
|------|--|--------------|
| 8.2. | BP 104 a; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 03.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 2 | BV/0443/2013 |
| 8.3. | BP 104 a; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 19.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 3 | BV/0444/2013 |
| 8.4. | BP 104a Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 19.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 4 | BV/0445/2013 |
| 8.5. | BP 104 Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der PLEDOC vom 05.07.2012 | BV/0456/2013 |
| 8.6. | BP 104a; Erläuterung der geänderten Planfestsetzungen, Beschluss der Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplandentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB | BV/0446/2013 |
| 9. | Haushaltssatzung 2013, Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2016 | BV/0448/2013 |
| 10. | Ab in die Mitte 2013; „Auf nach Rade! – Die Reise zum Mittelpunkt unserer Stadt“
hier: Förderzusage für die gemeinsame Bewerbung der Stadt Radevormwald, des Citymanagement Vereins Radevormwald e.V. und der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft Radevormwald mbh zum Förderprogramm „Ab in die Mitte“ 2013 | IV/0339/2013 |
| 11. | Mitteilungen über erteilte Baugenehmigungen | IV/0340/2013 |
| 12. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Enneper begrüßt zudem die anwesende Presse und Herrn Boberg vom Planungsbüro Pesch & Partner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Herr Enneper vor, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 vorzuziehen. Dieses findet allgemeine Zustimmung.

(Öffentlicher Teil)

3. Bericht über die Beratungen im Rahmen des Werkstattgespräches zur weiteren Nutzung des Blumenstraßen-Grundstücks (Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2013) AN/0126/2013

Herr Staratschek erläutert den Antrag der AL, demgemäß die Verwaltung über die Beratungen im Rahmen des Werkstattgespräches zur weiteren Nutzung des Blumenstraßen-Grundstücks informieren und die wesentlichen Aussagen darstellen solle.

Frau Böhmer verweist hierzu auf das dem Tagesordnungspunkt beigefügten Protokoll sowie auf den TOP 4, in dem Herr Boberg im Zuge der Vorstellung der Testentwürfe von den Ergebnissen des Werkstattgespräches berichtet.

Darüber hinaus bringt Herr Staratschek einen alternativen Vorschlag zur Umstrukturierung der Grundschullandschaft ein.

Herr Enneper verweist auf den Beschluss der 3. Ratssitzung vom 10.03.2010, welcher die Strukturierung der Grundschulstandorte der Stadt Radevormwald regelt.

4. Weitere Nutzung des Grundstückes Blumenstraße/ Neustraße hier: Vorstellung der Testentwürfe BV/0457/2013

Herr Boberg präsentiert die Ergebnisse des Workshops vom 16.01.2013 und die dort erarbeiteten Entwicklungsziele. Auf Grundlage dieser Entwicklungsziele und der bestehenden Rahmenbedingungen wurden Testentwürfe konzipiert. Diese enthalten drei Varianten zur städtebaulichen Entwicklung des Grundstücks an der Blumenstraße.

Die Präsentation kann in der Online-Version der Niederschrift als Anlage 1 eingesehen werden.

Herr Müller sieht die drei Entwürfe als gelungen an. Im Rahmen einer potentiellen zukünftigen Erweiterung der Bebauung der rückwärtigen Flächen der Nachbargrundstücke an der Blumenstraße fragt Herr Müller nach möglichen Alternativen zur langen geschlossenen Bauzeile (Variante 1), die seiner Meinung nach das Gelände in westliche Richtung abschottet.

Herr Boberg verweist auf die Varianten 2 und 3, die generell eine Ergänzung des den Quartiersplatz bildenden Baublocks durch Stadtvillen anstelle einer geschlossenen Bauzeile vorsehen.

Herr Schmidt bewertet, stellvertretend für die CDU, die Entwürfe ebenfalls als gelungen. Die Varianten 2 und 3 werden favorisiert.

Herr Wustmann weist auf die anstehenden klimatischen Veränderungen hin und plädiert für eine bessere Durchlüftung des Gebiets. Damit scheidet für ihn die Variante 1 aus, sodass nur die Varianten 2 und 3 in die engere Auswahl kommen. Ferner verweist er auf die Höhenkulisse des Gebiets und fordert, dass sich die Entwürfe von den Gebäudehöhen her in die bestehende Umgebung einfügen sollten.

Herr Boberg bestätigt die Ansicht bzgl. der Gebäudehöhen und erläutert, dass für die Bebauung eine 3-Geschossigkeit ausgeschlossen und mit einer 2-Geschossigkeit geplant wird.

In Anbetracht der positiven Rückmeldungen schlägt Frau Böhmer vor, das Bebauungsplan-aufstellungsverfahren mit den drei Entwurfsvarianten für die frühzeitige Beteiligung zu beginnen und parallel die Investorenakquise zu starten. So kann der Rechtsplan zur Offenlage auch in Abstimmung mit dem/ den gefundenen Investoren erfolgen. Die Beschlussvorlage solle dementsprechend geändert und für die Ausschusssitzung am 06.03.2013 eine Tischvorlage mit dem Aufstellungsbeschluss erarbeitet werden.

Herr Danowski sieht Variante 1 als etwas schwächer an und schlägt vor, nur mit den Varianten 2 und 3 ins Verfahren zu gehen.

Herr Müller schlägt dagegen vor, alle drei Varianten einzubeziehen und fordert im Hinblick auf finanzielle Aspekte, eine möglichst frühzeitige Investorensuche.

Herr Schmidt spricht sich ebenfalls für die weitere Arbeit mit drei Varianten aus.

Herr Staratschek informiert sich nach den geschätzten Kosten des Projektes.

Herr Boberg schätzt, dass mit reinen Baukosten von ca. 1.500 € je qm Wohnfläche, hinzu kommen die Kosten fürs Parken, das Grundstück, den Abbruch und ggf. die Erschließung, zu rechnen ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der 3 vorgestellten Varianten die Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit / der Behörden vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen	1 (AL)

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am 04.12.2012 (öffentlicher Teil)

Die Mitglieder nehmen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am 04.12.2012 zu Kenntnis.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

2. Derzeitiger Verlauf und gegebenenfalls Verlängerung der Kreisstraße 6 bis zur B 229 (Antrag der AL- Fraktion vom 14.02.2013)

Herr Staratschek erläutert den Antrag der AL, die Kreisstraße 6 um die Hohenfuhstraße, sowie ein Teilstück der Kaiserstraße und der Poststraße zu verlängern und dem Kreis zu übertragen. Als Ergebnis würde die K6 an die B229 angebunden sein.

Frau Böhmer stellt daraufhin die Entwicklung des Verlaufs der K 6 im Stadtgebiet dar. Demnach endet die K6 seit 1988/ 89, also seit der Verlagerung der B 229 aus der Innenstadt auf die aufgegebenen Bahntrasse, an der Uelfe-Wuppertal-Straße (L414). Von dieser aus führen die Telegraf- und Mühlenstraße als Gemeindestraßen in den Innenstadtbereich. Voraussetzung für eine erneute Umwidmung in eine Kreisstraße wäre, dass die Straße dem überörtlichen Verkehr dienen würde. Dies ist nicht der Fall.

Herr Schmidt merkt zudem an, dass die verkehrspolitische Entwicklung momentan dahin gehe, dass der Kreis Straßen an die Gemeinde abgibt und er eine umgekehrte Durchführung für sehr unwahrscheinlich hält.

5. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes; ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung BV/0447/2013
hier: Erläuterung der wesentlichen Planinhalte; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Frau Böhmer erklärt, dass zur beabsichtigten Umnutzung der ehemaligen Grundschule Blumenstraße der derzeitige Flächennutzungsplan geändert werden muss. Hinsichtlich der besonders tiefen Grundstücke an der Blumenstraße sollte auch hier eine – spätere - Nachverdichtung ermöglicht werden.

Herr Schmidt äußert Bedenken bezüglich der dargestellten gewerblichen Nutzung (Ecke Alte Landstraße/ neue Landstraße) angrenzend an ein Wohngebiet.

Hierzu erläutert Frau Böhmer, dass bei der Aufstellung der Flächen-nutzungsplanänderung jeder Bürger die Möglichkeit hat, diesbezüglich eine Stellungnahme abzugeben. Auch aus immissionsschutzrechtlicher Sicht wird diese Darstellung nochmals zu überprüfen sein.

Herr Staratschek möchte wissen, warum der Kindergarten in der Rochollstraße als Wohnbauungsfläche und nicht wie im bisherigen Flächennutzungsplan als gemeinnützige Fläche für den Gemeinbedarf dargestellt ist.

Hierzu erklärt Frau Böhmer, dass ein Kindergarten auch in einem Wohngebiet erlaubt ist.

Dr. Korsten betont, dass der Kindergarten Rochollstraße benötigt wird und auch so bestehen bleiben soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes; ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung und beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Unterrichtung der Bürger gem. § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
 Nein-Stimmen 1 (AL)

6. Bebauungsplan Nr. 97; Sportplatz am Schulzentrum Hermannstraße

6.1. Bericht über die Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 17.01.2013 **BV/0439/2013**

Frau Böhmer berichtet über die eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises. Diese weist auf das schalltechnische Gutachten hin und fordert, dass die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bezüglich des Immissionsschutzes als textliche Festsetzung zum Bebauungsplan festgeschrieben wird. Dieses ist jedoch aus rechtlicher Sicht nicht möglich.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der Anregung des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Enthaltungen 1 (AL)

6.2. Satzungsbeschluss **BV/0440/2013**

Frau Böhmer erklärt, dass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Herr Staratschek betont nochmals, dass er, auch in Bezug auf die finanzielle Situation der Stadt, eine Wiederherstellung des Sportplatzes an der Jahnstraße für sinnvoller hält.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 97; Sportplatz am Schulzentrum Hermannstraße und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen 1 (AL)

7. Bebauungsplan Nr. 105; Bereich westlich Vorm Holte **BV/0441/2013**
hier: Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss

Frau Böhmer informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass die öffentliche Auslegung des Planentwurfes stattgefunden hat und auch die benachbarten Gemeinden und Träger öffentlicher Belange informiert wurden. Da von keiner Seite abwägungsrelevante Stellungnahmen eingegangen sind, kann nunmehr der Satzungsbeschluss erfolgen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 105; Bereich westlich Vorm Holte und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Bebauungsplan Nr. 104 a; Wohngebiet südlich der Waserturmstraße

8.1. BP 104a; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 12.06.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 **BV/0442/2013**

Frau Böhmer berichtet über die eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S1. In dieser wird angeregt, das „Gartenland“ in „Bauland“ zu ändern. Aus städtebaulicher Sicht ist dieses jedoch nicht erwünscht. Zudem würde durch die gewünschte Umwandlung eine Bebauung in den Außenbereich hinein entwickelt werden. Auch würden gegebenenfalls Immissionskonflikte bezüglich der geplanten BMX-Fläche nordwestlich des Grundstücks entstehen.

Um hier, wie gewünscht, ein Einfamilienhaus errichten zu können, kann die Baugrenze jedoch insoweit verschoben werden, dass eine einheitliche Bauflucht mit der Baugrenze des nördlich gelegenen Gebäudes entsteht.

Herr Staratschek ist der Meinung der Ausschuss sollte den Anregungen der Stellungnahme komplett folgen.

Herr Wustmann steht auf dem Standpunkt, die Baugrenze noch etwas mehr in Richtung Westen zu erweitern, da er befürchtet, dass durch den Neubau eines Einfamilienwohnhauses und durch die bereits vorhandene Wohnbebauung ein großer Wohnkomplex entstehen wird.

Frau Böhmer weist darauf hin, dass jede weitere Verlagerung der Baugrenze Richtung Westen ein weiteres „Heranrücken“ des neuen Wohngebäudes an die geplante BMX- Anlage bedeute und damit ggf. den Immissionskonflikt verschärfe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der in der als S1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregung teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 11 (5xCDU, 3xSPD, 1xFDP, 2xUWG)
 Enthaltungen 2 (FDP, AL)

8.2. BP 104 a; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 03.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 2 **BV/0443/2013**

Frau Böhmer berichtet über die eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S2. Hier werden Einwände bezüglich des geplanten Spielplatzes und des angedachten Aussichtsturmes geäußert.

Der Spielplatz stellt keine unzumutbare Belästigung dar. Anders verhält es sich mit der Errichtung eines Aussichtsturmes. Nach einem gerichtlichen Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg verletzt ein Aussichtsturm das Rücksichtnahmegebot durch unzumutbare Einsichtsmöglichkeit. Eine Planung des Aussichtsturmes an dieser Stelle sollte daher nicht weiter verfolgt werden.

Herr Müller bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein Aussichtsturm evtl. am Ende der Oderstraße zulässig wäre.

Frau Böhmer weist darauf hin, dass es sich hier um Außenbereich handelt. Sie sagt jedoch zu, den genannten Standort zu überprüfen und erläutert weiterhin, warum die vom Stellungnehmenden gewünschte Bebauung des südlich an den Spielplatz angrenzenden Grundstückes städtebaulich nicht erwünscht ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den in der als S2 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen teilweise zu folgen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen	1 (AL)

8.3. BP 104 a; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 19.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 3 **BV/0444/2013**

Frau Böhmer berichtet über die eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S3. Diese bezieht sich auf die Vorgaben der Fassadenmaterialien und –farben.

Es stellt sich die Frage, ob eine Einschränkung der Gestaltbarkeit der Gebäudefassaden notwendig und sinnvoll ist. Die Verwaltung hält als Gestaltungsvorgaben die Festsetzung der Vollgeschosse, der Gebäudehöhe sowie der Dachformen und –farben für ausreichend.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der in der als S3 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregung zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**8.4. BP 104a Abwägung und Beschluss über die während der BV/0445/2013
frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 19.07.2012
eingegangene Anregung, bezeichnet als S 4**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den in der als S4 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen und Bedenken nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	11 (5xCDU, 3xSPD, 1xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen	1 (AL)
Enthaltungen	1 (FDP)

**8.5. BP 104 Abwägung und Beschluss über die während der BV/0456/2013
frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der PLEDOC vom 05.07.2012**

Frau Böhmer berichtet über die eingegangene Stellungnahme der PLEDOC, bezeichnet als S 5. Diese übermittelt eine Reihe von Forderungen hinsichtlich des Umgangs mit den im Plangebiet befindlichen Gasleitungen und der kathodischen Korrosionsschutzanlage. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Forderungen, die bei einer Bauausführung und Bepflanzung beachtlich sind.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen der PLEDOC zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**8.6. BP 104a; Erläuterung der geänderten Planfestsetzungen, BV/0446/2013
Beschluss der Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**

Frau Böhmer weist die Mitglieder des Ausschusses auf einen Fehler in der Einladung zur 16. Sitzung hin. Auf der Seite 178 muss der dritte Absatz gestrichen werden. Die Mitglieder nehmen dieses zur Kenntnis.

Anschließend erklärt Frau Böhmer, dass nun der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 104a öffentlich ausgelegt und die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingeholt werden kann.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 104a; Wohngebiet südlich der Wasserturmstraße gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4(2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen 1 (AL)

9. Haushaltssatzung 2013, Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2016 BV/0448/2013

Die Beratungen finden der 17. Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am 06.03.2013 statt.

10. Ab in die Mitte 2013; „Auf nach Rade! – Die Reise zum Mittelpunkt unserer Stadt“ IV/0339/2013
hier: Förderzusage für die gemeinsame Bewerbung der Stadt Radevormwald, des Citymanagement Vereins Radevormwald e.V. und der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft Radevormwald mbh zum Förderprogramm „Ab in die Mitte“ 2013

Herr Enneper dankt Frau Gottlieb für Ihren Einsatz bei der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts sowie ihr Arrangement hinsichtlich des Wettbewerbs „Ab in die Mitte“.

11. Mitteilungen über erteilte Baugenehmigungen IV/0340/2013

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr nehmen die erteilten Baugenehmigungen gemäß §§ 34 und 35 BauGB in der Zeit vom 13.11.2012 bis 13.02.2013 zur Kenntnis.

Baugrundstück	Bauvorhaben	Planungsrecht-liche Beurteilung
II. Uelfe 2	Rückbau in Einfamilienhaus Bauschein 150 / 08 vom 14.11.2012	§ 35
II. Uelfe 6	Nutzungsänderung Einfamilienhaus in Zweifamilienhaus Bauschein 181 / 11 vom 14.11.2012	§ 35
Uelfe-Wuppertal-Str. 43	Errichtung Balkon Bauschein 128 / 12 vom 22.11.2012	§ 34
Wintershaus 2	An- und Umbauten, Nutzungsänderungen und Erweiterungen Bauschein 87 / 10 vom 23.11.2012	§ 35
Obergrunewald 3	Nachträgliche Legalisierung der Umbau-maßnahmen des Zweifamilienhauses Bauschein 198 / 11 vom 19.11.2012	§ 35
Elberfelder Str. 74	Errichtung Carport und Gartenhaus Bauschein 43 / 10 vom 10.12.2012	§ 34

Wönkhausen 1b	Errichtung eines Einfamilienhauses Bauschein 116 / 11 vom 17.10.2012	§ 34
Bahnhofstr. 29	Umbau Wohn- und Praxisgebäude Bauschein 134 / 12 vom 20.12.2012	§ 34
Am Graben 2a	Nutzungsänderung Obergeschoss und Dachgeschoss in 2 Wohneinheiten Bauschein 11 / 10 vom 11.01.2013	§ 34
Elberfelder Str. 42	Änderung der Gebäudehöhe und Grundrissänderungen Bauschein 158 / 11 vom 14.01.2013	§ 34
Lessingstr. 23	Nutzungsänderung von Büro in eine Wohneinheit Bauschein 06 / 13 vom 14.01.2013	§ 34
Elberfelder Str. 40	Errichtung einer Garage mit Carport Bauschein 113 / 12 vom 18.01.2013	§ 34
Kreuzstr. 18	Anbau für Gartengeräte Bauschein 165 / 12 vom 21.01.2013	§ 34
Elberfelder Str. 145	Nutzungsänderung von Ladenlokal (Möbel) in Tattoo- und Piercingstudio Bauschein 74 / 12 vom 23.01.2013	§ 34

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

12. Mitteilungen und Fragen

Frau Böhmer weist die Mitglieder auf den Termin „Rade räumt auf“ am 13. April 2013 hin. Sie hofft auch in diesem Jahr wieder auf eine rege Beteiligung von Seiten der Politik.

Frau Böhmer erklärt den Mitgliedern des Ausschusses, dass der Wildwuchs neben dem Kino nun beseitigt wird. Die vorhandenen Büsche werden gefällt. An gleicher Stelle werden neue, schmalköpfige Kirschbäume gepflanzt. Die Inhaberin des Kinos beteiligt sich auch finanziell an der Aktion.

Auch die gegenüberliegende Straßenseite soll mit neuen Bäumen bepflanzt werden.

Herr Müller bittet die Verwaltung, den Wildwuchs zwischen Lindenstraße und Bahnstraße zu beschneiden. Frau Böhmer sagt zu dieses weiterzuleiten.

Zudem bittet er die Verwaltung sich des Gebäudes der ökumenischen Initiative am Gaswerk anzunehmen, welches nach einem Brand äußerlich in einem schlechten Zustand ist.

Anschließend möchte Herr Müller wissen, ob die Anpflanzungen, die der Rat der Stadt Radevormwald in den 70er Jahren am Jahnplatz gemacht hat, bei einer Neubebauung erhalten bleiben würden. Dieses wird, so Frau Böhmer, im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes in die Abwägung einfließen.

Herr Wustmann berichtet über Beschwerden, die seitens der Gastronomen bezüglich der Werbeleitsatzung an ihn herangetragen wurden. Er ist der Meinung, die Satzung sollte diesbezüglich geändert werden.

Frau Böhmer erklärt, dass die Satzung erarbeitet wurde, um die historische Eigenart des Orts- und Straßenbildes zu wahren. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt deren weiterer Attraktivierung diene, würde sie eine Änderung der Satzung für kontraproduktiv halten.

Auch Dr. Korsten kennt die diesbezüglichen Beschwerden. Allerdings habe der Rat der Stadt Radevormwald die Werbeleitsatzung beschlossen und nur dieser könnte, ggf. aufgrund eines Antrages, deren Überarbeitung beschließen.

Herr Müller ist der Meinung, dass erst die komplette Sanierung der Innenstadt abgewartet werden sollte.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr

Horst Enneper
Vorsitzender

Silke Henze
Schriftführer